

## Michael Kißener

---

5/2007

### Was das Land zusammenhielt

#### Zur „Integration“ des Landes Rheinland-Pfalz

---

*(Vortrag an der Universität Landau, 9. Mai 2007, im „Forum Politik“, einer gemeinsamen Veranstaltung des Frank-Loeb-Instituts Landau und der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz)*

Wenn ich vor 60 Jahren, gerade auch noch hier im pfälzischen Landau, einen Vortrag über das Zusammenwachsen des soeben geborenen Landes Rheinland-Pfalz hätte halten wollen, dann wäre wohl –bestenfalls– niemand gekommen. Sei es, weil man sich damals mehr darum sorgen musste, wo man Nahrung für den nächsten Tag herbekommen konnte und folglich gar keine Zeit für intellektuelle Gedankenspiele hatte, sei es, weil man es für wirklich überflüssig gehalten hätte, über regelrechte Fehlgeburten ohne Zukunft überhaupt zu reden. Denkbar wäre auch, dass vielleicht einige wenige gekommen wären, um entweder bei dieser Gelegenheit einmal ihrer Wut über dieses aufoktroyierte französische Missgebilde Luft zu machen oder ganz einfach, um mal zu schauen, was für ein Komiker da kommt, der offenbar allen Ernstes glaubt, dass dieses seltsame Gebilde „Rheinland-Pfalz“ Zukunft hat.

#### Einleitung

Wie auch immer: am Anfang der Geschichte unseres nun 60-jährigen Bundeslandes steht eine große Ablehnungsfront. Und die dürfte weit wirkmächtiger gewesen sein als noch so interessante historische oder volkskundliche Beobachtungen, mit denen später den Rheinland-Pfälzern erklärt wurde, dass ihr neues Bundesland doch historische Vorbilder habe, recht deckungsgleich etwa mit dem kurrheinischen Reichskreis von 1512/21 sei oder aber Kerngebiete der alten Kurfürstentümer Mainz, Trier und Kurpfalz umfasse, was sich ja bis heute in unserem Landeswappen ausdrückt. Die Stärke dieser Ablehnungsfront wird deutlich, wenn man die Volksabstimmung vom 18. Mai 1947 differenziert betrachtet: nur in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier gab es überzeugende Mehrheiten für das neue Bundesland Rheinland-Pfalz, in Rheinhessen, besonders aber hier in der Pfalz reagierte man überwiegend mit Ablehnung: 59,7% der Pfälzer lehnten die neue Verfassung ab, sogar 63,2% waren gegen die gesondert abgestimmten Schulartikel der Verfassung, bei denen es um die Wiedereinführung der Konfessionsschule ging. Nur aufs Ganze gesehen, kam die Verfassung für das neue Land mit 53% Ja-

Stimmen aller Rheinland-Pfälzer knapp durch. Das war alles andere als ein überzeugender Start.

Was sich im Wahlverhalten zeigte, spiegelte sich naturgemäß in der Politik: die SPD positionierte sich sogar langfristig als Gegnerin des Landes, der pfälzische Oberregierungspräsident Franz Bögler, SPD, bezeichnete sich sogar gerne als „Landessprengmeister“. Aber auch in der neu gegründeten CDU war man anfangs nicht gerade überzeugt vom Lande: sogar für Ministerpräsident Peter Altmeier hatte zunächst einmal Rheinland-Pfalz „durchaus keinen Ewigkeitswert“ und mit dem späteren Bundesminister für Familienfragen (1953 – 1962), dem Linzer Franz-Josef Wuermeling, gab es auch in der CDU z.B. ein politisches Schwergewicht, das mit ersichtlicher Freude die Existenz von Rheinland-Pfalz immer wieder in Frage stellte.

Vor diesem Hintergrund mag die Frage, was dieses Land bis heute zusammenhielt, gerade anlässlich seiner Geburtstagsfeier nicht nur einige Bedeutung haben, sondern gleichsam auch wichtige generelle Indizien dafür liefern, wie in der deutschen Nachkriegsgeschichte solche nach Besatzungsgesichtspunkten neu zusammengesetzten Länder, von denen es nach 1945 ja viele gab, sich zusammengefunden, ja zu einer soliden staatlichen Verfasstheit überhaupt gefunden haben.

Was ich Ihnen in den nächsten 35/40 Minuten dazu vortragen werde, ist freilich nicht als fertige Antwort zu verstehen: dazu fehlt es uns noch an einer Menge historischer wie wohl auch politikwissenschaftlicher Studien. Obwohl gerade ja auch hier in Landau durch die Arbeit von Karl-Heinz Rothenberger oder Hans-Jürgen Wünschel bereits zur Frühzeit von Rheinland-Pfalz und insbesondere zur pfälzischen Landesgeschichte nach 1945 wichtige Studien entstanden sind, obwohl auch Sie, verehrter Herr Kollege Sarcinelli der politischen Kultur unseres Landes ihr forschendes Interesse gewidmet haben, bedürfte es eigentlich einer eigenen Einrichtung für regionale Zeitgeschichte und politikwissenschaftliche Forschung, um strukturiert und fundiert die vielfältigen Fragen wissenschaftlich so aufzuarbeiten wie dies andere Bundesländer mittlerweile auch tun. Eine solche Einrichtung haben wir in Rheinland-Pfalz derzeit leider nicht.

So muss ich mich darauf beschränken, nach dem derzeitigen Stand der Forschung einige Thesen zu formulieren, die fraglos noch ergänzungsfähig sind. Ich freue mich daher ganz außerordentlich, dass der ehemalige Landtagspräsident Albrecht Martin es übernommen hat, meine Ausführungen zu kommentieren, aus eigenem Erleben zu bereichern und ggf. auch um weitere Gesichtspunkte zu ergänzen. Vielen Dank dafür, Herr Martin!

Ich will im folgenden so vorgehen, dass in einem ersten Schritt die wichtigsten für die Beantwortung unserer Frage relevanten Momente der Ausgangslage beleuchtet und in einem zweiten Abschnitt dann strukturiert integrative Momente vorgestellt werden.

## I.

Eine erste, zugegebenermaßen einfache, aber deshalb nicht wenig bedeutsame Antwort auf unsere Frage, was das Land zusammengehalten hat, lässt sich vor dem Hintergrund der Situation der Jahre 1946/47 rasch formulieren: Rheinland-Pfalz hielt zusammen, weil seine Gegner sich nicht durchsetzen konnten und ihre Befürchtungen nicht eintrafen.

Diese Befürchtungen bestanden vor allem auch hier in der Pfalz darin, das neue Land sei nicht mehr als eine Art erster Schritt hin zu einem von Frankreich völlig abhängigen staatlichen Gebilde oder gar der erste Schritt einer vollständigen Annexion. Alte Ängste aus der Besatzungszeit nach dem Ersten Weltkrieg stiegen auf, das vielstimmige, sich widersprechende Stimmengewirr der französischen Politik und Besatzungsverwaltung gab solchen Befürchtungen reichlich Nahrung. Und die Realität der französischen Besatzung, die zunächst einmal von beißendem Hunger, von Wohnungsnot, Perspektivlosigkeit und Arroganz der Besatzer vielfach geprägt war, ließ für eine solche Zukunft unter französischer Ägide ja auch nicht gerade rosige Zeiten erwarten, ganz abgesehen von der Kränkung des in der Pfalz nicht eben schwachen nationalen Bewusstseins.

Heute, nach einer intensiven Erforschung der französischen Nachkriegspolitik in den 1980er und 1990er Jahren, wissen wir genauer als die Zeitgenossen damals, dass solche Befürchtungen weitgehend unbegründet waren. Dietmar Hüser etwa spricht von einer doppelten Deutschlandpolitik der Franzosen, einer Politik mit zwei Gesichtern. Nach Außen forderte die französische Regierung stets viel, erhob Ansprüche gegenüber Deutschland und verlangte Sicherheit gegenüber dem Nachbarn, der innerhalb von 70 Jahren gleich drei Mal auf französischem Boden Krieg geführt hatte. Das war nötig, um gegenüber der eigenen Bevölkerung, die endlich Entschädigung für die Kriegsleiden forderte, bestehen zu können. Es war auch nötig, um als schwächster der alliierten Siegermächte nicht hinter den anderen drei zurückstehen zu müssen und sich eine wenn auch noch so kleine Chance auf die Rückkehr in den Kreis der Großmächte zu verbauen. Intern jedoch waren sich die führenden Personenkreise schnell darüber im Klaren, dass man eine neue konstruktive Politik der Kooperation mit Deutschland gehen musste, wenn man in der Nachkriegszeit eine bedeutende Rolle in Europa spielen wollte.

Aus dieser „doppelten Deutschlandpolitik“ erklärt sich, so Hüser, zu einem guten Teil die widersprüchliche Situation der Nachkriegszeit, an die sich viele, die das erlebt haben, sicher noch erinnern: auf der einen Seite eine bisweilen desaströse Versorgungslage, die zu großen Hungerdemonstrationen wie etwa in Ludwigshafen führte, ein, wie man damals sagte, wenn auch nicht eiserner, so doch seidener Vorhang um die streng abgeschirmte französische Zone, erhebliche Reparationsleistungen und immer wieder Reden führender Politiker und Militärs, die von langen Besatzungszeiten und starker Anbindung an Frankreich sprachen.

Und auf der anderen Seite fortschrittliche, werbende Momente wie etwa eine unübertroffene konstruktive Kultur- und vor allem auch Sozialpolitik der Franzosen und im Hintergrund viel Konzilianz der Regionalkommandeure bei der Lösung alltäglicher Probleme. Hinzu kamen dann noch Differenzen in der französischen Besatzungsverwaltung, etwa zwischen dem Administrateur General Laffon und dem Chef der Militäradministration General Koenig, wie auch zwischen den Provinzdelegierten usw.

Am Ende aber lief alles auf die Schaffung eines Landes heraus, das in die föderale Ordnung der 1949 entstandenen Bundesrepublik integriert wurde und dessen Erfolg man französischerseits schon deshalb wollte, um wenigstens eine, mit Frankreich verbundene Stimme im Konzert dieser Bundesländer zu haben. So etwa war auch das Eintreten der Franzosen für Sonderrechte der Pfalz im neuen Land zu verstehen: nicht als Versuch, wie man damals meinte, die Pfalz am Ende doch noch Frankreich einzuverleiben, sondern mit der Absicht, die so heterogen zusammengewürfelten Gebietsteile beisammenzuhalten, indem gewachsene historische Traditionen so weit respektiert wurden, dass diese sich nicht direkt gegen das neue Land wendeten.

Wenn sich so die Gefahr einer französischen Annexion oder eines französischen Satellitenstaates im Laufe der ersten sieben, acht Jahre nicht bewahrheitete und daher aus der politischen Diskussion allmählich verschwand, blieb doch die eigentümliche Zusammensetzung des Landes, die seinen Gegnern viele Ansatzpunkte zur Kritik gab.

Im wesentlichen waren es ja drei große Gebietsteile, die hier zusammengeführt wurden: die bis dato als Teil Bayerns firmierende Pfalz, die südliche preußische Rheinprovinz mit den Regierungsbezirken Koblenz und Trier und dann das bislang hessische Rheinhessen. Das bis 1937 noch oldenburgische Birkenfeld und die alten nassauischen Gebiete um Montabauer seien der Vollständigkeit halber auch erwähnt. Das waren alles arme Grenzländer, manche sagten, hier wolle man die ärmsten Gebiete Deutschlands zusammenbinden, Gebiete ohne gewachsene staatliche Struktur, Gebiete, die nicht einmal durch kirchliche Organisationseinheiten zusammengehalten wurden: allein für die Katholiken von Rheinland-Pfalz waren gleich fünf Diözesen zuständig!

Eben deshalb begannen die Gegner von Rheinland-Pfalz immer neue Zuordnungen der Gebietsteile zu ventilieren, Rückgliederungen an alte historisch gewachsene Einheiten zu fordern oder nach wirtschaftlich aussichtsreicheren Verbindungen zu suchen. Es begann mit dem zweiten Frankfurter Dokument, das den zunächst auf dem Rittersturz bei Koblenz versammelten westdeutschen Ministerpräsidenten aufgab, im Zuge der Gründung eines westdeutschen Staates auch die Ländergrenzen neu zu regeln. Dass bei dieser Gelegenheit nicht schon Rheinland-Pfalz wieder aufgelöst wurde, lag zum einen daran, dass auch das viel größere und ebenso zusammengewürfelte NRW kein Interesse an solchen Diskussionen, die den

eigenen Bestand bedrohten, hatte und zum anderen, dass Ministerpräsident Peter Altmeier Rheinland-Pfalz gleichsam zum Hüter der deutschen Einheit im Westen stilisierte, insbesondere auch gegenüber den französischen Aspirationen auf das Saarland. So kam es am 30. Juli 1948 zu einer Resolution des Rheinland-Pfälzischen Landtages, in der davon gesprochen wurde, man möge es vorerst beim status quo belassen – im Nachhinein war das gewiss ein erster wichtiger Erfolg für Rheinland-Pfalz.

Die Gefahr war damit aber längst nicht vorbei. Gemäß dem Auftrag des Art. 29 GG kam es 1949 zum ersten Ausschuss für die innergebietliche Neuordnung unter dem Vorsitz des FDP-Abgeordneten Euler, der 1951 vorschlug Rheinland-Pfalz aufzulösen. Die Euler-Kommission war eindeutig politisch ausgerichtet, so fiel es nicht schwer, den Angriff abzuwehren. Der Preis dafür war aber eine neue Kommission, die Luther-Kommission, die im April 1952 ihre Arbeit begann und ganz umfänglich das Für und Wider einer Länderneugliederung untersuchte und erörterte. Der Ministerpräsident, sieben Jahre nach dem Ende des Krieges nun schon ganz offensichtlich ein überzeugter Rheinland-Pfälzer setzte seine besten Mitarbeiter ein, um den vielfältigen Argumenten –auch im eigenen Land- gegen Rheinland-Pfalz begegnen zu können.

Als Ende 1954 sich die Arbeit der Luther-Kommission dem Ende zuneigte, hatte man es zumindest dahin gebracht, dass die Vorzüge der Existenz des Landes anerkannt wurden und trotz der ebenso dargelegten Argumente zur Auflösung des Landes kein überzeugender Vorschlag formuliert werden konnte, wie die Gebietsteile von Rheinland-Pfalz neu zugeordnet werden könnten. Bundeskanzler Adenauer erklärte zudem die Länderneugliederung zu einer nachrangigen politischen Aufgabe, wodurch erneut Zeit gewonnen wurde. Doch die Gegner gaben keine Ruhe: 1956 wurden Volksbegehren initiiert, die aufgrund des Art. 29 GG gebietliche Neuaufteilungen verlangten. Drei Anträge schafften die 10%-Hürde, nach der eine offizielle Volksbefragung notwendig wurde: das Begehren, Koblenz-Trier an NRW anzugliedern, das Begehren Montabaur Hessen zuzuschlagen und das Begehren Rheinhessen an Hessen anzugliedern. Bemerkenswerterweise schaffte es schon damals die Initiative zur Rückgliederung der Pfalz an Bayern nicht mehr, so viele Stimmen zu sammeln, dass auch darüber in einer Volksabstimmung hätte befunden werden können.

Auf diese Volksbegehren antwortete die nun für die Umsetzung der Volksbegehren in Abstimmungen zuständige Bundesregierung mit Lethargie, nicht zuletzt weil Bundeskanzler Adenauer solche Zerreißproben für untunlich hielt. Erst 1975 ist es zur Durchführung der vorgeschriebenen Volksbefragungen gekommen. Und die erbrachten dann 30 Jahre nach Kriegsende keine Mehrheit mehr für eine Änderung des status quo. Befriedigt konnte Ministerpräsident Helmut Kohl deshalb damals feststellen, Rheinland-Pfalz sei mittlerweile zu einem Land geworden, „zu dem –wie die Volksentscheide der letzten Monate eindrucksvoll bewiesen haben – seine

Bürger stehen.“ Diese Bonner Verzögerungsstrategie hat, so Hans Fenske, dem Land Rheinland-Pfalz „das Überleben ermöglicht“.

Gleichsam im Zuge dieser die Existenz des Landes in Frage stellenden Debatten und Auseinandersetzungen musste sogar noch ein weiteres zentrales Problem gelöst werden, das nicht minder eine Zerreißprobe darstellte: die definitive Bestimmung des Regierungssitzes. Schon die französische Ordonnance Nr. 57, die Gründungsurkunde des Landes, hatte am 30. August 1946 festgelegt, dass Mainz Sitz der Regierung des neuen Landes sein sollte. Wegen der immensen Kriegszerstörungen musste jedoch vorläufig auf Koblenz als provisorischer Landeshauptstadt ausgewichen werden. Als 1948/49 nun Mainz verkündete so weit wiederhergestellt zu sein, dass die Regierung wie geplant ihren Sitz hier nehmen könne, erhielten die Gegner des Landes weitere Unterstützung, musste doch ein kostspieliger Umzug in einem ohnehin außerordentlich armen Bundesland, dessen Existenz nicht einmal gesichert schien, als reine Verschwendung erscheinen. Ministerpräsident Altmeier bemühte sich bei der französischen Besatzungsmacht um die Zubilligung einer freien Entscheidung des Parlaments über den Regierungssitz, um so der Landesgründung das Odium des französischen Oktroys zu nehmen, zugleich eröffnete er damit den Landesgegnern aber eine Bühne, die diese zu nutzen wussten.

So kam es am Tag der Abstimmung, dem 4. April 1950 beinahe zur Katastrophe: 43 Abgeordnete wehrten sich gegen die Verlegung des Regierungssitzes, 43 stimmten dafür. Erst nach massiven Interventionen des Ministerpräsidenten bei seinen Parteifreunden, die mit 10 Sozialdemokraten gegen den Umzug gestimmt hatten, gelang es bei einer zweiten Abstimmung am 16. Mai 1950 den Umzug mit 49 gegen 32 Stimmen zu beschließen. Dies nun aber war ein klares Signal für eine längere Lebensdauer des Landes, ein Signal auch, das den Zusammenhalt deshalb gefördert hat, weil die Pfalz mit dem näher gelegenen rheinhessischen Mainz doch eher Frieden schließen konnte als mit dem ungeliebten, als Konkurrent wahrgenommenen Norden des Landes und Koblenz als Landeshauptstadt.

Aus einer existentiell gefährlichen Situation heraus ging so am Ende das Land gestärkt hervor.

## II.

Nun lässt sich, meine Damen und Herren, die dauerhafte Existenz eines Landes aber wohl kaum alleine daraus erklären, dass seine Gegner sich nicht durchsetzen konnten und Befürchtungen der Anfangszeit eben nicht eintrafen. Es müssen wohl auch positive, aufbauende Elemente da gewesen sein, die im Laufe der Zeit den Zusammenhalt befördert und ein hinlängliches Zusammengehörigkeitsgefühl produziert haben. Über solch positive Elemente lassen sich unschwer eine Vielzahl von Mutmaßungen anstellen, je nach Blickwinkel könnte man vielen Geschehnissen der vergangenen 60 Jahre eine solche integrative Kraft zuschreiben, ohne dass wir

ein zuverlässiges Messinstrument hätten, das uns die integrative Wirkung bestimmter Maßnahmen oder politischer Ereignisse etwa anzeigen würde.

Hilfreich mag da ein Blick auf die neuere historische Forschung, die sich mit Integrations- und Nationenbildungsprozessen beschäftigt, sein, um die Bedeutung der in anderen Zusammenhängen überprüften Wirkfaktoren für unser Beispiel auszuloten. Es ist hier nicht der Ort, die unterschiedlichen Theorien über Zielrichtung, Ablauf und Elemente politischer Integrationsprozesse zu diskutieren. Nur so viel: ein Zweig dieser Forschung hat eine Konzeptualisierung einschlägiger Integrationsbegrifflichkeit („innere Einheit“) vorgenommen, die davon ausgeht, dass politische Integration:

- auf einer politischen oder staatlichen Ebene
- auf einer wirtschaftlichen Ebene und
- auf einer soziokulturellen oder subjektiv-pezeptionellen Ebene

stattfindet<sup>1</sup>.

#### **a. Politische / Staatliche Ebene**

Auf der politischen / staatlichen Ebene geht es stets um den Aufbau politischer Strukturen, um politische Organisationen und deren Ideologien. Eine solche Aufbauleistung stellt im Beispielfall Rheinland-Pfalz zweifellos die Landesverfassung dar, die in ihrer eigentümlichen stark christlich-naturrechtlich geformten Art dann doch ganz offensichtlich den Einstellungen und Werthaltungen der meisten Menschen dieses Raumes über lange Zeit entsprochen hat. Erst im Jahr 2000 wurde mit dem 34. Gesetz zur Änderung der Verfassung eine grundlegende Revision vorgenommen, die –ähnlich wie 1946/47- von einer Enquetekommission aller Parteien erarbeitet worden ist – schon dies ein deutlicher Hinweis auf den integrativen Charakter dieses Grundgesetzes für das Land.

Überhaupt wird in der einschlägigen Debatte immer wieder auch die Bedeutung des Rechts- und Verwaltungssystems herausgehoben, dem eine besondere integrative Kraft zugesprochen wird. Das lässt sich am Beispiel von Rheinland-Pfalz durchaus bestätigen. Ministerpräsident Peter Altmeier war daran gelegen, die sehr unterschiedlichen Rechtstraditionen in den einzelnen Landesteilen zu vereinheitlichen. Schon als Verhandlungspartner der Regierung mussten sich dafür neue kommunale Spitzenverbände für das ganze Land bilden: der Städteverband Rheinland-Pfalz, der Landkreistag Rheinland-Pfalz, am 7. November 1947 bei Bad Kreuznach gegründet, und als Vertreter der Landgemeinden der rheinland-pfälzische Gemeindetag. Bei den ersten Beratungen fand man gleich zu Gemeinsamkeiten und konnte sich sogar gegen den erklärten Willen der Besatzungsmacht gemeinsam behaupten, indem der von den Franzosen abgelehnte

---

<sup>1</sup> Vgl. Max Kaase, nach Linden, Markus, Politische Integration im vereinten Deutschland, Baden-Baden 2006. S.58

hauptamtliche Bürgermeister in den Städten wieder eingeführt wurde- solche Erfolge schweißten zusammen. Sogar ein Gegner des Landes Rheinland-Pfalz wie Franz Josef Wuermeling hat einmal bekannt, dass das in diesen Beratungen entstandene rheinland-pfälzische Selbstverwaltungsgesetz vom 27. September 1948 wohl „das wichtigste Werk neben der Verfassung“ gewesen sei.

Neben dem Selbstverwaltungsgesetz standen schon in den 50er Jahren dann bald eine Reihe von Verordnungen und Gesetzen, deren Bezeichnung nicht eben Spannendes erwarten lässt, deren rechtsvereinheitlichende Kraft jedoch kaum überschätzt werden kann: das Kommunalabgabengesetz, das Zweckverbandsgesetz und das Polizeiverwaltungsgesetz. Verantwortlich für all diese Gesetze war der Landtag, der gleichsam als Verkörperung des Volkswillens zweifellos auch selbst zur Integration beigetragen hat: wie- das wäre noch näher zu untersuchen. Das 2005 von Markus Schäfer herausgegebene Datenhandbuch zur Geschichte des Landtages wäre mit den tausenden darin nachgewiesenen Aktivitäten dieser Institution dafür eine geeignete Grundlage.

Bei der Reform der Landgemeinden und der Verwaltungs- und Gebietsreform ging es freilich am Anfang noch nicht so schnell: hier waren die Widerstände zu groß, als dass Altmeier es sich in der instabilen Anfangssituation hätte erlauben können, mit größerem Nachdruck auf Vereinheitlichung zu drängen. Die blieb seinem Nachfolger, Helmut Kohl, vorbehalten, der mit der auch für andere Bundesländer Beispiel gebenden großen Verwaltungsreform der 1970er Jahre dann gegen viele Widerstände nicht nur eine Modernisierung der rheinland-pfälzischen Verwaltung durchgesetzt, sondern vor allem auch die Verwaltungs- und Gebietszuschnitte überall im Land vereinheitlicht hat. Die Reform bekam sogar gleichsam ein eigenes Markenzeichen: die rheinland-pfälzische „Verbandsgemeinde“.

Im Zuge dieses Prozesses wurde dann auch ein lange schwelendes, spaltendes Problem im Kultusbereich gelöst: der Streit um die Konfessionsschule. Peter Altmeier und der rheinland-pfälzische Verfassungsvater Adolf Süsterhenn hatten in der Überzeugung, dass nur eine fundierte religiöse Erziehung die Menschen vor einem Rückfall in die Barbarei des Nationalsozialismus bewahren könne, die Wiedereinführung des konfessionellen Volksschulwesens durchgesetzt. Das hatte schon bei den Verfassungsberatungen zu Streit geführt, so dass über die Schulartikel der Verfassung ja gesondert abgestimmt werden musste. Am Ende war eine leichte Mehrheit für die Konfessionsschule dabei herausgekommen und dieser Anspruch wurde nun in den Folgejahren, je nachdem wie stark der Elternwille artikuliert wurde, auch durchgesetzt.

Dadurch entstand in den Landesteilen, vor allem in Rheinhessen, wegen unterschiedlicher Schultraditionen (z.T. hatte es die christliche Gemeinschaftsschule schon vor 1933 gegeben) bisweilen heftiger Streit, der die Bevölkerung zu spalten und das Volksschulwesen immer mehr in kleine Zwergschulen zu zersplittern

drohte. Mit der Schulreform unter Kultusminister Bernhard Vogel wurde dieses Problem nun endgültig beseitigt und in Rheinland-Pfalz das gegliederte Schulsystem eingeführt und auch die Lehrerbildung aus ihren konfessionellen Bindungen entlassen. Dass es dabei nicht zum Bruch mit den Kirchen, insbesondere der katholischen Kirche, kam, lag nicht zuletzt daran, dass die sich 1968 die fünf für rheinland-pfälzisches Gebiet zuständigen Diözesen zu einer Art Clearingstelle in Mainz zusammenschlossen, dem Katholischen Büro, das bis heute Ansprechpartner der Landesregierung in Kirchenfragen ist. Vergleichbare Strukturen wurden sogleich auch für die evangelische Bevölkerung geschaffen.

Alle politischen Kräfte zu vereinigen, um das Leben in diesem neuen Land gemeinsam zu ordnen und zu gestalten, war auch die kluge Politik des ersten, korrekter zweiten Ministerpräsidenten des Landes, Peter Altmeier. Der erste Ministerpräsident, Wilhelm Boden, hatte es sich nämlich schon rasch so sehr mit den Sozialdemokraten verdorben, dass eine Allparteienregierung nach seiner Wahl nicht zustande kam. So übernahm am 9. Juli 1947 Peter Altmeier das Amt und setzte eine Allparteienregierung, sogar unter kurzzeitiger Beteiligung der Kommunisten, dann eine große Koalition durch, die gegen den erklärten Willen des Bundeskanzlers Konrad Adenauer, bis 1951 hielt und gemeinsam die schwierigen Probleme der Ernährung und des Wiederaufbaus meisterte.

Überhaupt wird man beim Blick auf die politischen Institutionen und insbesondere die Exekutive vermutlich den Faktor „Persönlichkeit“ nicht unterschätzen dürfen.

Der Ministerpräsident wurde nämlich sehr bald schon so etwas wie ein wirklicher Landesvater. Seine katholisch-konservativen politischen Positionen deckten sich oft mit denen des beliebten Bundeskanzlers Konrad Adenauer, Altmeier war aber auch von Anfang an selbstbewusst genug, die Landesinteressen zu vertreten und damit Stimmungen für sich einzufangen, die in Rheinland-Pfalz eben mehrheitsfähig waren: so z.B. in der Saarfrage, wo Altmeier unzweideutig auf Rückkehr in den Geltungsbereich des Grundgesetzes drang und sein von den politischen Gegnern oft bestrittenes nationales Profil schärfte oder auch in der Frage des Zweiten Deutschen Fernsehens, bei der es fast zu einem Zerwürfnis zwischen Adenauer und Altmeier gekommen wäre. Altmeier war überall im Lande präsent, keine Straße, keine Schule wurde eingeweiht ohne seine Anwesenheit. Er war ein engagierter Verfechter der deutsch-französischen Annäherung und konnte mit der Regionalpartnerschaft Rheinland-Pfalz – Burgund schon in den 50er Jahren eine Vorreiterrolle in Deutschland beanspruchen, Rheinland-Pfalz als Brücke zum westlichen Nachbarland damit geradezu eine deutsche Mission geben.

Was Altmeier begonnen hat, setzte sich bei seinen Nachfolgern fort: auf 22 Regierungsjahre Altmeiers folgten 12 Jahre Ministerpräsidentenschaft Bernhard Vogels (1976 – 1988) und nunmehr schon 13 von Kurt Beck (1994) – auch sie genossen bzw. genießen den Status eines Landesvaters. Nur die Regierungszeiten von Helmut

Kohl, 7 Jahre, und Rudolf Scharping, 3 Jahre, waren kürzer: dass beide, wie zusätzlich jetzt auch Kurt Beck, schon bald eine bundespolitische Rolle spielen sollten, dürfte dem Selbstbewusstsein der Rheinland-Pfälzer sicher auch nicht geschadet haben.

## **b. Wirtschaftliche Ebene**

Ob solche integrativen Momente auf politischer / staatlicher Ebene, denen gewiss noch eine Reihe weiterer Punkte an die Seite zu stellen wären, freilich das Überleben des neuen Bundeslandes gesichert hätten, wenn sich nicht zugleich auch ein ökonomischer Erfolg eingestellt hätte, ist jedoch fraglich.

Und nach einer wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte sah es im Falle von Rheinland-Pfalz am Anfang gar nicht aus. Die Pfalz, Rheinhessen und das südliche Rheinland gehörten zu den am schwersten zerstörten Gebieten in Deutschland. Diese Gebiete waren Grenzräume mit allen Nachteilen, die diese Lage bis dahin für die wirtschaftliche Entwicklung gehabt hatte. Wesentliche Industrie gab es nur im äußersten Süden, in Ludwigshafen mit der IG-Farbenindustrie, später wieder BASF, die aber auch weitgehend zerstört war und bis 1953 in französischer Sequesterverwaltung blieb. Ansonsten dominierten Land- und Forstwirtschaft, vor allem der Weinbau – allerdings zumeist in zunehmend unrentablen Kleinbetrieben (1949 betrug die durchschnittliche Betriebsgröße nur 4,1 ha!). Wie sollte unter diesen Voraussetzungen Hoffnung auf eine positive wirtschaftliche Entwicklung keimen?

Eine erste Hilfe brachte der Marshallplan, aber auch der Grenzlandfonds der Bundesregierung mit Krediten, die in den Aufbau und die Modernisierung der Strukturen flossen und vor allem auch in der Landwirtschaft Innovation ermöglichte. Entscheidend aber waren die Römischen Verträge, die 1958 in Kraft getreten, auf einmal einen Wirtschaftsraum schufen, in dessen Mitte Rheinland-Pfalz lag. Zunächst intensivierte sich der Handel mit dem Nachbarland Frankreich, dann zog das Geschäft mit Belgien, Luxemburg und Italien an. Ende der 1960er Jahre war der Anteil der Lieferungen an die EWG-Partner bereits auf vier Zehntel der Gesamtausfuhren des Landes gestiegen.

Dieser sich stetig erweiternde Handel und die Ansiedlung weiterer Industrie, besonders in den strukturschwachen Gebieten von Rheinland-Pfalz katapultierte das junge Bundesland, das jahrelang das Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum der Bundesländer dargestellt hatte, ins Mittelfeld. 1983 erreichte die rheinland-pfälzische Industrie den Spitzenplatz im deutschen Exportgeschäft mit der höchsten Exportquote.

Die Politik hat diese Entwicklung durch Maßnahmen begleitet, mit denen der wirtschaftliche Aufschwung gleichmäßig in die Breite des Landes verteilt werden sollte, hat der mittelständischen Industrie Hilfen gegeben, die eine Beteiligung am

Exportgeschäft ermöglichen, und durch Wirtschaftsbüros im Ausland wie dem „The German State of Rheinland-Pfalz Commercial Office“ in Houston/Texas Tore für den Handel zu öffnen versucht. So ist aus dem Land der Reben und Rüben ein respektabler Wirtschaftsstandort geworden.

Wichtig für diese Entwicklung war nicht zuletzt ein kluger Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, der sich vor allem mit dem langjährigen Wirtschafts- und Verkehrsminister Heinrich Holkenbrink (1971-1985) verbindet. Hatte die Landesregierung anfänglich noch auf den Ausbau des Schienennetzes gesetzt und erst in den 1960er Jahren massive Investitionen in das Straßennetz vollzogen, so war es Holkenbrink, der in den 70er Jahren den Ausbau der Fern- und Schnellstraßen so vorantrieb, das Rheinland-Pfalz dadurch echte Standortvorteile erzielte. Bei diesem Bauprogramm dürfte die Autobahn A 61 von besonderer Bedeutung gewesen sein: sie machte das Land von Norden nach Süden im eigentlichen Sinn „erfahrbar“. Neben der Autobahn waren die Wasserwege von großer wirtschaftlicher Bedeutung: hier ist etwa die 1964 abgeschlossene Moselkanalisierung nicht nur zu einer großen Erfolgsgeschichte, sondern auch zu einem wirklichen Großprojekt des Landes geworden.

### **c. Sozialkulturelle Ebene**

Viel schwieriger ist für den Historiker schließlich zu erfassen, was neben Politik/Staat und Wirtschaft aber wohl der wichtigste Gesichtspunkt bei der Analyse des Zusammenwachsens eines heterogenen Landes ist: die Entwicklung eines Zusammengehörigkeitsgefühls der Menschen, das Entstehen eines Landesbewusstseins, das Bewusstsein einer sozialen und kulturellen Gemeinsamkeit.

Eine bedeutende Rolle spielen in diesem Bereich zweifellos die Medien. Über sie können Nachrichten über das ganze Land überhaupt erst verbreitet werden, sie können in Presse, Rundfunk und Fernsehen so etwas wie Landesbewusstsein gleichsam tagtäglich „produzieren“. 1946/47 gab es in Rheinland-Pfalz schlicht gar nichts, das eine solche Aufgabe hätte übernehmen können. Erst allmählich hat sich in unserem Raum 1946 eine Regionalpresse entwickelt, die das ganze Land im Blick hatte.

Schneller ging es mit dem Rundfunk, weil die französische Besatzungsmacht dieses moderne Medium nutzen wollte, um die Deutschen umzuerziehen. Zwar saß der so gegründete Südwestfunk in Baden-Baden, doch hatte Rheinland-Pfalz schon früh in Koblenz und Kaiserslautern Regionalstudios, die sich um regional ausgerichtete Programme bemühten. Ende 1954 begann man mit der Ausstrahlung eines Fernsehprogramms: die erste Sendung, die im Februar 1955 aus Rheinland-Pfalz zu empfangen war, – wie könnte es anders sein – natürlich „Mainz wie es singt und lacht“. Mit dem Umzug der Landesregierung nach Mainz wurde dann auch dort 1952 ein Landesstudio etabliert, Ende 1966 gab es die erste landesbezogene

Nachrichtensendung „Blick ins Land“. Als es Peter Altmeier in der Auseinandersetzung mit Bundeskanzler Adenauer dann 1961 gelang ein Zweites Deutsches Fernsehen unter der Ägide der Länder in Mainz zu etablieren und den Vorsitz in der Rundfunkkommission der Länder zu übernehmen war der Anfang der medienpolitischen Vorreiterfunktion von Rheinland-Pfalz gemacht, die bis heute besteht.

Neben den Medien hat sicherlich auch das weite Feld von Kunst und Kultur eine wichtige integrative Funktion. Auch auf diesem Gebiet hat die Besatzungsmacht bereits früh die Wege geebnet, indem durch eine äußerst spendable Kulturförderung eine Westorientierung der Menschen ebenso gefördert werden sollte wie der Aufbau eines spezifischen rheinischen Kulturbewusstseins. Wenn die Erfolge dieser Bemühungen auch gewiss beschränkt waren, so konnte die Landesregierung hieran doch direkt anknüpfen. Schon 1948 wurden die zahlreichen Kulturdenkmäler des Landes in die Obhut des Landes genommen wie es die Verfassung vorsah, regionale Kunstförderung wurde durch den Ankauf von alleine 8500 Kunstobjekten in den ersten 50 Jahren des Landes betrieben wie eine Vielzahl rheinland-pfälzischer Kunstpreise ausgelobt wurden. Künstlerhäuser wurden gegründet und 1971 dann eine Landeskunstaussstellung ins Leben gerufen.

Ministerpräsident Bernhard Vogel initiierte 1984 den Rheinland-Pfalz Tag, an dem sich das Land quasi selbst feiert, die sozialliberale Koalition ergänzte dieses Event 1991 durch den rheinland-pfälzischen „Kultursommer“. Lang ist die Liste solcher Initiativen und Bemühungen. Nur eine erscheint mir noch besonders bemerkenswert: nachdem 1975 die Volksbegehren zur Auflösung des Landes gescheitert waren, schuf sich der Landtag eine eigene historische Kommission, die die Geschichte des jungen Bundeslandes erforschen und dokumentieren sollte. Der Auftrag dieser Kommission wurde 2003 um die Einbeziehung aller territorialen/staatlichen Vorläufer ergänzt, so dass Rheinland-Pfalz sich nunmehr ganz selbstbewusst als legitimer Nachfolger großer alter Traditionen sieht.

Der hier deutlich erkennbare Prozess eines immer größeren „Heimischwerdens“ im neuen Land lässt sich durchaus auch in anderen zivilgesellschaftlichen Bereichen erkennen.

Ich will nur auf ein Beispiel verweisen: den Sport. Nach der Gründung des Landes etablierte sich zunächst nicht etwa ein Landessportbund, sondern vielmehr 1948 drei Sportverbände: einer für Rheinhessen, einer für die Pfalz und einer für das Rheinland. Erst 1950 wurde in Bingen der Landessportbund gegründet, dem aber praktisch keine Bedeutung zukam. Das zeigt schon seine Finanzlage: im ersten Haushaltsjahr hatte der Landessportbund ganze 389,91 DM zur Verfügung. Erst die rasante Entwicklung des Spitzen-, dann des Breitensports seit den 1960er Jahren, die Sozialminister Heiner Geißler mit Goldenen Sportplänen förderte, ließ dem Landessportbund allmählich mehr Gewicht zukommen: 1995 verfügte er über einen

Etat von 40 Mio. DM. Dass auf diesem Weg dann bedeutende sportliche Leistungen in Rheinland-Pfalz hervorgebracht werden konnten, hat wegen der enormen Breitenwirkung des Sports wohl unzweifelhaft wesentlich zur Integration des Landes beigetragen. Und dabei ist nicht nur an die großen Fußballclubs wie etwa den 1. FC Kaiserslautern oder Mainz 05 zu denken, sondern auch an die Schifferstädter Ringer, an die Mainzer Leichtathleten unter Berno Wischmann oder an die Grenzauer Tischtennis-Sportler.

## Resumee

Überblickt man nur die wenigen Maßnahmen, Ereignisse und Zusammenhänge, die ich ganz unvollständig hier nur andeuten konnte, so wird deutlich, dass es ein sehr komplexes Ursachengeflecht ist, das unser Land in den letzten 60 Jahren zusammengehalten hat. Ich sage: zusammengehalten, integriert hat – ob daraus schon ein wirkliches eigenes rheinland-pfälzisches Landesbewusstsein entstanden ist – das dürfte bestimmt nach wie vor umstritten sein. Fühlt man sich nicht hier in der Pfalz doch in erster Linie als Pfälzer und erst in zweiter Linie als Rheinland-Pfälzer, in der Eifel nach wie vor als Eifler und erst in zweiter Linie als Rheinland-Pfälzer usw.?

Andererseits dürfte heute aber auch kaum mehr jemand sich seiner Herkunft aus Rheinland-Pfalz schämen oder allen Ernstes an der Auflösung dieses Landes arbeiten. Das ist ein bemerkenswerter großer Fortschritt in der historisch betrachtet ja nur kurzen Zeit von 60 Jahren und es bestätigt einmal mehr das weise Diktum, dass im staatlichen Bereich nichts so viel Dauer hat wie ein Provisorium.